

Liebe Leserin, lieber Leser!

Berlin investiert wieder. Manche haben schon vergessen, wie dramatisch die Haushaltsnotlage unserer Stadt war. Aber seitdem haben sich die Dinge verbessert, denn die öffentlichen Einnahmen sind aufgrund eines lang anhaltenden Wirtschaftsaufschwunges gut. Und in Berlin sind sie noch besser: Unsere Stadt hat seit fast einem Jahrzehnt jedes Jahr mehr Wachstum und mehr zusätzliche Arbeitsplätze als Deutschland insgesamt. Dadurch wachsen auch die Steuereinnahmen.

Berlin kann dadurch jedes Jahr Schulden tilgen, schon in Milliardenhöhe. Und der Senat kann gleichzeitig einen Fonds für Investitionen in die wachsende Stadt füttern, SIWANA genannt. Darin sind seit 2015 schon 3,1 Mrd. Euro eingestellt worden, 650 Mio. konnten bereits ausgegeben werden.

Schulen sind im Moment das wichtigste Ziel von Sanierungs- und Neubaumausgaben. Aber auch Wohnungsbau, Hochschulen, Sportstätten und Polizei werden durch Investitionen gestärkt. Nicht alles kann gleichzeitig erledigt werden, dafür gibt es gar nicht genug Planer und Baufirmen. Aber die Programme kommen in Gang, erste Ergebnisse werden sichtbar. Ob Beethoven oder Fichtenberg, auch die Schulen im Südwesten sind dabei.

Auch die Krankenhäuser Berlins wachsen wieder und haben Nachholbedarfe bei den Investitionen. Die Fördermittel des Senats steigen bereits. Auch in Steglitz-Zehlendorf wird dies sichtbar sein.

Keine schlechten Zeiten für Berlin!

Herzliche Grüße



Ihr Martin Matz

Vorsitzender SPD Lichterfelde-West
matz@spd-lichterfelde.de

Das Bundesarchiv in Lichterfelde

Ein deutsches Gedächtnis

Wenn man mit der Buslinie X 11 durch Lichterfelde West fährt, hält der Bus auch an einer Haltestelle „Bundesarchiv“. Diese Bundeseinrichtung befindet sich in der Finckensteinallee 63 auf dem großen Gelände der ehemaligen preußischen Kadettenanstalt. So verschlossen das Gelände auf den ersten Blick auch erscheint, hier befindet sich aber mit dem Bundesarchiv ein deutsches Gedächtnis, das immer einen Besuch lohnt. So steht es nicht

nur für Wissenschaftler offen, die ihre Forschungen der Zeitgeschichte mit Dokumenten unterlegen wollen. Das Bundesarchiv kann auch von Interessierten z.B. für die Ahnenforschung genutzt werden. Über das „Jedermanns-Recht“ hat tatsächlich jeder Zutritt zu den Dokumenten. Einzelführungen sind auf Anfrage auch möglich.

Hier im Bundesarchiv werden Dokumente bis zurück ins 15. Jahrhundert aufbewahrt. Das gilt auch für Unterlagen des Deutschen Reichs, der DDR, der SAPMO (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR) sowie das Filmarchiv. Das Bundesarchiv gibt Fachmagazine und andere Publikationen heraus. Es werden Lesungen, Vorträge oder andere wissenschaftliche Veranstaltungen durchgeführt.

Zahlreiche Baumaßnahmen bis zum heutigen Tag erweitern die vorgefundene preußische Bausubstanz durch moderne Bauten. Viele historische Gebäude sind sorgfältig restauriert worden. In einem wurden im Februar 2018 Büroräume bezogen. Es werden Räumlichkeiten für Ausstellungen und historische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit geschaffen.



Neues Magazingebäude „Ernst-Posner-Bau“ nach dem preuß. Staatsarchivar Ernst Maximilian Posner (1892 - 1980)

Die amerikanische Besatzung beendete 1945 mit den „Andrews Barracks“ nach einem kurzen russischen Intermezzo die unrühmliche Geschichte des Geländes in den 1930er Jahren. Denn hier befand sich seit 1933 die Leibstandarte Adolf Hitler. Nach dem Abzug der Amerikaner 1994 werden seit 1995 die Gebäude durch das Bundesarchiv genutzt. Bereits 1978 hatte sich eine Bürgerinitiative und die Bezirksverordnetenversammlung Steglitz für den Erhalt des letzten historischen Kasernengebäudes der Kadettenanstalt eingesetzt.

Das Bundesarchiv gehört als obere Bundesbehörde zum Geschäftsbereich der Kulturministerin im Kanzleramt und hat seinen Hauptsitz in Koblenz. Neben Lichterfelde gibt es noch weitere Standorte in Freiburg mit dem Militärarchiv, in Bayreuth und in Hoppegarten.

Die Öffnungszeiten des Bundesarchives in der Finckensteinallee 63 sind von Montag bis Donnerstag 8-19 Uhr und Freitags von 8 bis 16 Uhr. Die Bibliothek öffnet jeweils um 9 Uhr.

Die Kantine des Bundesarchivs gleich neben dem Haupteingang ist für Jedermann für ein Frühstück oder das Mittagessen bis 15 Uhr geöffnet.

Jörg Hennerkes

Das neue Mobilitätsgesetz

Eine wachsende Metropole bedarf auch mit ihr wachsender Möglichkeiten der Fortbewegung. Mit einem bundesweit einzigartigen Gesetz, welches am 28.06.2018 im Berliner Abgeordnetenhaus beschlossen wurde, plant der Rot-Rot-Grüne Senat deshalb eine Mobilitäts-offensive mit dem Ziel, den Verkehr für alle Berliner sicherer, zuverlässiger und umweltfreundlicher zu gestalten.

Das wird auch in Steglitz-Zehlendorf seine Wirkung zeigen. So müssen künftige Planwerke des Bezirks gemäß den Vorgaben des Mobilitätsgesetzes auf alle Verkehrsarten Rücksicht nehmen und insbesondere Vorrangnetze für Fußgänger, Fahrradfahrer und den ÖPNV berücksichtigen. So sind heute schon bis 2020 neue Radwege, Radstreifen bzw. Ausbesserungen z.B. in der Markelstraße (Steglitz), in der Brauerstraße (Lichterfelde) sowie auf dem Verkehrsweg Königsweg (Zehlendorf) geplant.

Ziel des Gesetzes

Ziel des Gesetzes ist es in erster Linie, eine sichere und umweltverträgliche Mobilität für alle Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten. Im Sinne einer „Vision Zero“ sieht der Grundgedanke vor, die Anzahl der durch Verkehrsunfälle Verletzten und Getöteten langfristig auf Null zu reduzieren. Darüber hinaus sollen alle Verkehrsmittel in ein Gleichgewicht gebracht werden, welches der

Realität entspricht. So verteilen sich derzeit 13% Berliner Fahrradfahrer auf nur 3% der Verkehrsflächen. Diesen wird künftig entsprechend 13% und somit 10% mehr Verkehrsfläche, die für den Radverkehr ausgebaut wird, zur Verfügung stehen. Entsprechendes gilt für alle Verkehrsmittel.

Das erste Mobilitätsgesetz Deutschlands

Mit dem neuen Mobilitätsgesetz werden erstmalig alle Arten der Fortbewegung in der Stadt gesetzlich geregelt, wie es bislang nur für den Autoverkehr der Fall war. Durch den Volksentscheid „Fahrrad“ im Jahr 2016 initiiert und zunächst als „Radgesetz“ geplant, wurde das Vorhaben zur Überarbeitung des Mobilitätskonzeptes durch die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin auf die allgemeine Mobilität sowie auch allen anderen Fortbewegungsmöglichkeiten ausgeweitet. Damit soll eine umfassende, ausgeglichene und effiziente Mobilität in der gesamten Stadt ermöglicht werden.

Das auf dieser Grundlage nun verabschiedete sog. Mobilitätsgesetz ist als Bausteinmodell gestaltet. Das Mobilitätsgesetz sieht zunächst Investitionen und konkrete Maßnahmen in den Bereichen Allgemeine Mobilität, ÖPNV und Radverkehr vor. Derzeit erfolgt darüber hinaus bis zum Jahr 2019

die Ausarbeitung des Bausteines Fußverkehr. Im nächsten Schritt wird der Wirtschaftsverkehr durch einen entsprechenden Baustein effizienter gestaltet. Schließlich wird im Rahmen des Bausteines „intelligente Mobilität“ auch das Autofahren mit innovativen Projekten zur Stärkung des Carsharings sowie der Weiterentwicklung des autonomen Fahrens ausgestaltet. Dies entspricht dem Ziel des Berliner Senats, wonach der motorisierte Verkehr in der Stadt spätestens bis zum Jahr 2050 klimaneutral erfolgen soll, um die Lebensqualität deutlich zu erhöhen und gleichzeitig die Umwelt zu schonen. Bereits laufende Projekte werden diesen Vorgaben angepasst.

Das Berliner Mobilitätsgesetz ist deutschlandweit das Erste seiner Art. Ebenfalls einzigartig war das Verfahren hin zur endgültigen Verabschiedung des Gesetzes, in welchem sowohl Mobilitätsverbände als auch die Bezirke sowie die Senatsverwaltungen und Fraktionsvertreter zusammengearbeitet haben. Insbesondere der Baustein Radverkehr wurde u.a. durch die Initiative Volksentscheid Fahrrad und dem ADFC mitbearbeitet, um die im Rahmen des Volksentscheides genannten Forderungen zur Verbesserung der Radinfrastruktur aufgreifen zu können.

Maria Vodita

Bezirks ABC A wie Ausschuss

An dieser Stelle wollen wir zukünftig in loser Folge Begriffe aus der Arbeit der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) des Bezirks Steglitz-Zehlendorf, unserem Gemeindeparlament, erläutern

A wie Ausschuss

Die wesentliche Arbeit unserer Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in Steglitz-Zehlendorf findet in Ausschüssen statt. Für unseren Bezirk sind dies zwölf öffentlich tagende und vier nicht-öffentlich tagende Ausschüsse. Hier werden die Fachfragen und -probleme besprochen, welche den Bezirk betreffen. Die Volksvertreter der einzelnen Parteien, hier Bezirksverordnete genannt, bilden Fraktionen, wobei jede Fraktion in der Regel über mindestens einen Sitz pro Ausschuss verfügt. Ausschüsse der BVV verfügen selbst über keine Entscheidungsrechte, sondern

funktionieren als Kontroll- und Beratungsorgan. Hierbei kann die BVV die zu beschließenden Anträge zur Beratung an die zuständigen Ausschüsse überweisen. Zusätzlich zu den Bezirksverordneten können in den Ausschüssen auch Bürgerinnen und Bürger mit besonderer Sachkenntnis an der Arbeit der Ausschüsse teilnehmen.

Die Ausschüsse treffen sich in den Rathäusern von Steglitz und Zehlendorf und die meisten der Sitzungen sind öffentlich. Interessierte Personen können also jederzeit an den Sitzungen als Zuhörer teilnehmen. Hier wünschen wir uns ein größeres Interesse der Öffentlichkeit. Das setzt allerdings eine bessere Vorabinformation der Öffentlichkeit voraus. Hieran sollten die Fraktionen der BVV noch mehr arbeiten.

Bei einem Besuch des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Tiefbau, Land-

schaftsplanung u. Bürgerbeteiligung im Juni stach vor allem eines hervor: Die Fraktionen arbeiten in den Ausschüssen effektiv zusammen. Die unterschiedlichen politischen Positionen der einzelnen Parteien sind in den Diskursen klar zu erkennen. Man merkt allerdings das Bemühen um Lösungen für die Bürger. Überrascht hatte dann aber ein urplötzlich aufkommendes, äußerst umweltbewusstes Denken einer gewissen Randpartei. Sie sprach sich gegen Bauungen aus und verblüffte damit die anderen Fraktionen. Allerdings schwand die Verwunderung sofort, als deutlich wurde, dass es sich um die Bebauung des Dahlemer Wegs und möglicher modularer Unterbringungen für geflüchtete Menschen handelte.

Lukas Lönnendonker

Ohne Frieden ist alles nichts (Willy Brandt)

Zum 9. November 2018 veröffentlichten der Superintendent des Evangelischen Kirchenkreises Teltow- Zehlendorf, Johannes Krug, und der Superintendent des Evangelischen Kirchenkreises Steglitz, Thomas Seibt, einen Aufruf, den wir im Folgenden gerne wiedergeben, denn er galt gestern, gilt heute und wird auch in Zukunft gelten.

Mehr Informationen finden sich auf www.aktionglanz.de

Jörg Hennerkes



„9. November 1938: In den Novemberpogromen gegen jüdische Mitbürger und Einrichtungen trat die Gewalt der Nationalsozialisten offen zutage. Die vorausgegangene schrittweise Entrechtung, Drangsalierung und Ausgrenzung von Deutschen, die jüdisch waren oder als Juden galten, die anders oder frei dachten, schlug im November 1938 in eine staatlich gelenkte, öffentliche Verfolgung um. Die Nationalsozialisten ermordeten allein in diesen Tagen ca. 400 Menschen oder trieben sie in den Selbstmord. Sie zerstörten tausende Synagogen, Geschäfte, Wohnungen und jüdische Friedhöfe. Sie inhaftierten 30.000 Juden in Konzentrationslagern. Und doch waren die Novemberpogrome erst der Auftakt zu einem systematisch betriebenen Staatsterror bis 1945.

Wie konnte das damals passieren? Weil sich Täter dazu hergaben und weil eine große Mehrheit, auch unter den Christen, das Unrecht schweigend hinnahm.

Zu wenige haben wie Pfarrer Helmut Gollwitzer das offene Wort riskiert:

„Wir sind mitverhaftet in die große Schuld, dass wir schamrot werden müssen, wie biedere Menschen sich auf einmal in grausame Bestien verwandeln. Wir sind alle daran beteiligt, der eine durch Feigheit, der andere durch Bequemlichkeit, die allem aus dem Wege geht, durch das Vorübergehen, das Schweigen, das Augenzumachen, durch die Trägheit des Herzes, durch die verfluchte Vorsicht.“

(aus: Predigt am Buß- und Bettag am 16. November 1938 in Dahlem).

9. November 2018: Deutschland ist ein demokratisches Land geworden. Es ist Teil eines in Frieden geeinten Europas. Gerade in unseren Tagen wird es deutlich: Selbstverständlich ist das keineswegs.

Deshalb schweigen wir heute nicht. Enthaltung ist keine Haltung.

80 Jahre nach den Novemberpogromen verurteilen wir öffentlich

- das Schüren und das Ausnutzen von Angst in einer sich schnell verändernden Welt. Bei Veränderungen ist Ausgrenzung von Menschen das Problem, nicht die Lösung.
- die hemmungslose Hetze im Schutze des anonymen Netzes. Sie ist feige.
- das kalkulierte Verschieben der verbalen Schamgrenze in politischen Beiträgen. Wer das tut, bereitet den Boden der Gewalt. Eine Partei, die solche Redner gewähren lässt, kann keine Alternative sein.

Wir treten öffentlich dafür ein...

- einen zivilen Umgang in Wort und Tat zu verteidigen.
- Menschen nach ihrer Haltung, nicht nach ihrer Herkunft zu beurteilen.
- Zusammenzuhalten in einer großen Koalition der Vernünftigen unter Deutschen und Migranten gegen eine kleine Mehrheit von Radikalen auf beiden Seiten.

Wir stehen zu einem Deutschland, das...

- bereit bleibt, aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen.
- Europas Einigung bejaht und sich weltoffen zeigt
- und darin selbstbewusst ist.“

Impressum / Kontakt

Herausgeberin:

Abteilung Lichterfelde-West der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD).

ViSdP: Martin Matz, SPD-Kreisbüro, Thaliaweg 15, 12249 Berlin.

Telefon: 76 67 98 54 (Kreisbüro)

Internet:

www.spd-lichterfelde-west.de

E-Mail: info@spd-lichterfelde.de

Die Redaktion freut sich über Hinweise, Kritik und Mitarbeit an der nächsten Ausgabe!

Fotos: Mila Hacke (S. 1), Lukas Lönnendonker (S. 3)

Klimaneutral gedruckt.

STRASSEN IN LICHTERFELDE:

Adolf-Martens-Straße

Die Adolf-Martens-Straße verläuft in Lichterfelde West von der Knesebeckstraße mit Knick bis zu Unter den Eichen.

Klein aber Oho!

Treffend wie für kaum eine andere Straße in unserem Kiez trifft dieser Anspruch zu. Kaum fünf Minuten braucht es, um sie komplett zu begehen. Biegt man in die kleine Straße von der Knesebeckstraße aus ein, so kann man vorbei am Eingang zum S-Bahnhof zum Eis oder dann beim alt eingesessenen Italiener einkehren. Dann eröffnet sich einem eine kleine, beinahe komplett grüne Oase. Die einzelnen Häuser sind teils von Efeu bedeckt oder mit Stuck geschmückt. Von großen Häusern im Neoklassizismus bis zu modernen



Mehrfamilienhäusern gibt die Straße ein angenehmes Bild ab. Sie ist fast gänzlich abgeschirmt ist von der Hektik an der S-Bahn-Station und den lauten Straßen rundherum. Kommt man zur einzigen Kurve, so findet man an der linken Seite das Bundesamt für Materialforschung- und Prüfung. Der Gründer des Amtes, das damals noch Königliches Materialprüfungsamt hieß, war Adolf Martens, selbst Werkstoffkundler. Nach ihm wurde die Straße benannt.

Lukas Lönnendonker

Bezirkstelegramm – Neues aus Lichterfelde und Bezirk

Benjamin Franklin: Bauarbeiten haben begonnen

Die notwendigen Umbaumaßnahmen für den Landeplatz des Rettungshubschraubers am Teltow-Kanal haben begonnen. Damit wird der Landeplatz an die neuen gesetzlichen Vorgaben angepasst. Auch die Routenführung soll angepasst werden, um leisere An- und Abflüge zu ermöglichen. Für die Dauer der Arbeiten ist die Promenade am Teltow-Kanal bis voraussichtlich Ende 2019 gesperrt, tagsüber ist jedoch eine Umleitung über das Klinik-Gelände geöffnet. Der Senat investiert hier aus SIWANA-Mitteln 2,5 Millionen Euro.

Ring um den Schulstandort am Osteweg

Seit Jahren sind die Grundstücke am Osteweg 53 und 63 als Schulstandort vorgesehen. Die SPD möchte hier eine dringend benötigte Sekundarschule oder Gemeinschaftsschule entstehen lassen. Nun hat der Senat jedoch das Grundstück 63 als Standort für Geflüchtete herausgesucht, nachdem das Bezirksamt der Aufforderung nach der Meldung von Grundstücken zum wiederholten Male nicht nachgekommen ist. Zwar hat das Bezirksamt bekräftigt, das Gelände für eine Schule verwenden zu wollen – aber ein Antrag auf Investitionsplanung für die nächsten Jahre wurde nicht gestellt. Auch der Aufforderung der Bezirksverordnetenversammlung, dem Senat andere Standorte zu benennen, ist die Bezirksbürgermeis-

terin Cerstin Richter-Kowotski (CDU) bisher nicht nachgekommen. Die SPD hat nun vorgeschlagen, wenigstens das verbleibende Grundstück als möglichen Schulstandort zu prüfen, die Beratungen laufen. Link zur Bürgerinitiative: <https://www.schulstandort-osteweg.de/>

Schule: Bezirk ohne Plan

Für Eltern in Lankwitz und Lichterfelde startet die Schulkarriere ihrer Kinder mit einer Überraschung: Die Grundschule am Königsgraben und die Giesensdorfer Grundschule haben zu wenig Plätze und Schulstadtrat Frank Mückisch (CDU) fordert die Eltern auf, ihre Kinder doch bitte woanders anzumelden, zum Beispiel an einer Privatschule. An beiden Grundschulen hat das Schulamt trotz leicht steigender Schülerzahlen rund 25 Schulplätze weniger eingerichtet als im Vorjahr.

Auf Druck der Eltern und der SPD-Fraktion ist zumindest für die Grundschule am Königsgraben eine Lösung in Aussicht, die Situation an der Giesensdorfer Grundschule wird noch beraten. Nach Ansicht des schulpolitischen Sprechers der SPD, Jan Kellermann, ist dies die Folge der fehlenden Schulplanung im Bezirk: der gültige Schulentwicklungsplan läuft Ende 2018 aus, ein neuer Plan ist nicht in Aussicht.

Kein Platz für Obdachlose

Im Winter brauchen Menschen ohne Obdach eine warme Bleibe. Daher hatte die SPD-Fraktion bereits im März vorge-

schlagen, den leerstehenden Ratskeller im Rathaus Zehlendorf für die Kältehilfe zu öffnen (Drucksache 0732/V). Die Beratungen zogen sich bis zum September und der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, Grünen und AfD abgelehnt. In der Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion teilte das Bezirksamt Ende Oktober mit: „Für Steglitz-Zehlendorf ist es bisher nicht gelungen, für den zuletzt genutzten Standort der Notunterbringung einen Ersatz zu finden. Obdachlose müssen deshalb zunächst auf Kapazitäten in anderen Bezirken verwiesen werden.“ (Drucksache 1081/V)

Martin Matz neuer Staatssekretär

Martin Matz ist seit Dezember neuer Staatssekretär für Gesundheit. Daher hat er sein Mandat in der BVV niedergelegt. Wir danken für die tolle Arbeit im Bezirk und wünschen viel Erfolg für die neue Aufgabe im Senat! Die Themen Gesundheit und Pflege spielen für unseren Bezirk eine wichtige Rolle.

Jan Kellermann ausgeschieden

Überraschend hat Jan Kellermann aus persönlichen Gründen sein Mandat als SPD-Bezirksverordneter niedergelegt.

Die SPD Lichterfelde West bedauert dies sehr. Wir danken ihm für die langjährige konstruktive Arbeit für die SPD in der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf und in unserer SPD-Abteilung in verschiedenen Funktionen.

Red.

Für Lichterfelde-West im Bezirksparlament (BVV)



Eva Reitz-Reule

Themen:

Jugend, Schule, Gleichstellung.

Kontakt:

eva.reitz-reule@spd-lichterfelde.de

Bürgerdeputierte

Petra Hauschulz (Stadtplanung und Wirtschaft)

Jutta Hertlein (Grünflächen, Umwelt, Bürgerbeteiligung)

Annika Klesse (Gesundheit)

Andrea Lüderitz-Aue (Frauen und Gleichstellung)

Dominic Stingl (Stadtplanung und Wirtschaft)

Wie funktioniert Bezirkspolitik?

Gleichzeitig mit der Wahl zum Abgeordnetenhaus werden die **Bezirksverordneten** gewählt. Die 55 Bezirksverordneten bilden die **Bezirksverordnetenversammlung (BVV)**.

Die Arbeit findet in den **Ausschüssen** statt, bevor die Beschlussempfehlungen in der BVV diskutiert und abgestimmt werden. In den Ausschüssen werden sachkundige BürgerInnen (sog. **Bürgerdeputierte**) auf Vorschlag der Fraktionen berufen.

Die BVV wählt zu Beginn der Legislatur den Bezirksbürgermeister und die vier Stadträte. Diese bilden zusammen das **Bezirksamt**, dem die Führung der Verwaltung obliegt.

Während die Bezirksverordneten ehrenamtlich tätig sind, sind die Mitglieder des Bezirksamts hauptberufliche Beamte auf Zeit.

Zur Wahl des Bürgermeisters bildet sich eine **Zählgemeinschaft** aus mehreren Fraktionen. Diese besteht in Steglitz-Zehlendorf aus CDU und Grünen. Die Bezirksstadträte hingegen verteilen sich auf alle Fraktionen (je nach Größe).

Während das Bezirksamt die Verwaltung leitet, dient die Bezirksverordnetenversammlung zur Kontrolle der Verwaltung. Daher beziehen sich Beschlüsse auch nur darauf, das Bezirksamt um Anliegen zu "ersuchen" oder über die BVV Anfragen zu stellen. Die BVV ist also – im Gegensatz zu einem Parlament – nicht gesetzgebend, aber maßgeblich für die Gestaltung unseres Bezirks verantwortlich. Das Baurecht ist in Berlin übrige Aufgabe der Bezirke.

www.spd-fraktion-steglitz-zehlendorf.de